

Sonderinfo Tarif:

Funktionszulage im Schreibdienst: BDZ fordert Nachverhandlungen!

Die dbb tarifunion hat das Bundesinnenministerium aufgefordert, bei den Tarifbeschäftigten des Bundes keine Anrechnung der Tarifierhöhung auf die Funktionszulage im Schreibdienst vorzunehmen. Die Abschmelzung dieser übertariflich gezahlten Besitzstandszulage führt dazu, dass sich bei den Tarifbeschäftigten die Entgelterhöhung aufgrund des Tarifabschlusses vom 31. März 2008 erheblich reduziert.

Zu Recht beklagen die Betroffenen, die überwiegend unteren Entgeltgruppen angehören, dass das positive Tarifiergebnis damit ad absurdum geführt wird und die Einkommenserwartungen nicht erfüllt werden. Gerade dieser Beschäftigtenkreis ist auf die Erhöhung der Entgelte dringend angewiesen, um die steigenden Lebenshaltungskosten bestreiten zu können.

Der BDZ hatte deshalb an die dbb tarifunion appelliert, in dieser Frage initiativ zu werden. Inzwischen hat die dbb tarifunion gegenüber dem Bundesinnenministerium gefordert, die Abschmelzung dieser Zulage im Rahmen der Verhandlungen über eine Entgeltordnung zu verhindern und eine Fortzahlung der Zulage zu erreichen.

Die dbb tarifunion hat deutlich gemacht, dass die Anrechnung der Entgelterhöhung auf die Zulage bei den Betroffenen zu einem tiefgreifenden Vertrauens- und Motivationsverlust führt. Daher sei es sachgerecht und zwingend geboten, die Anrechnung zu unterlassen.

Im gemeinschaftlichen Gespräch des Hauptpersonalrats mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am 9. Juli 2008 sagten die BMF-Spitzenvertreter zu, in Gesprächen auf Abteilungsleiterenebene die Möglichkeit einer sozialverträglichen Lösung auszuloten. Auf örtlicher Ebene soll geprüft werden, welche Chancen bestehen, diesen Personenkreis künftig mit Aufgaben zu betrauen, die eine Höhergruppierung ermöglichen.

Aus Sicht des BDZ muss ein Ausgleich für den durch die Anrechnung entstehenden Einkommensverlust nachverhandelt werden. Im Rahmen der Verhandlungen über eine neue Entgeltordnung sollen daher die Voraussetzungen für eine Fortzahlung der Zulage geschaffen werden. Wir werden weiter berichten.

Berlin, 11. Juli 2008
